

Hunsrück-Blockade im Meinungsstreit

Aussagen von Parteien, Bürgern und Polizei

HUNSRÜCK. Die „Kirche von unten“, die Friedensbewegung und die Grünen haben für den 20. und 21. November zur Sitzblockade an der B-Battery Hasselbach aufgerufen. Für die HZ war dies Anlaß, die vier tragenden politischen Parteien, die Friedensbewegung, die Polizei und letztlich einige Bürgerinnen und Bürger, die in unmittelbarer Nachbarschaft zur Cruise-missiles-Station leben, nach ihrer Meinung zu fragen bzw. um offizielle Statements zu bitten. Grundsätzlich scheint niemand den Raketen positiv gegenüber zu stehen. Die Teilnahme an der Sitz-Blockade wird von CDU, SPD und FDP nicht gebilligt, die Mehrzahl der Bürger ist vornehmlich gegen Raketen, gegen Blockade, aber für eine Demonstration. Die Polizei will sich ebenso wie am 11. Oktober 1986 im Hintergrund halten, läßt andererseits aber auch keinen Zweifel daran, daß sie geltendes Recht schützen wird.

MdB Waltrud Will-Feld (CDU):

„Die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Staates hängt von der Fähigkeit ab, im Spannungsverhältnis die Handlungsfähigkeit unseres Staates gerade auch in der Friedenspolitik zu sichern.

Dies einmal festzuhalten ist gerade vor dem Hintergrund des Aufrufes zu einer Sitzblockade in Hasselbach notwendig.

Freiheit — und die CDU bekennt sich dazu — ist Vielfalt, ist die Pluralität der Überzeugungen, Meinungen und Interessen. Gerade um dies zu gewährleisten, ist es umso notwendiger, daß sich alle an gewisse Spielregeln halten. Wer die Spielregeln durch Gewaltanwendung verletzt und damit den inneren Frieden gefährdet, kann nicht erwarten, daß eine Regierung in den Verhandlungen um den äußeren Frieden erfolgreich ist.

Die Bundesrepublik ist — bei aller Kritik, die angebracht werden kann — ein freiheitliches Staatswesen.

Zur Gewalt ein klares nein! Ja zu unserem Demonstrationsrecht!

Das Grundgesetz gebietet nicht, daß alle Formen der Demonstration geschützt werden, weil die Freiheit, die es zu bewahren gilt, immer auch zuerst die Freiheit des anderen sein muß. Eine Sitzblockade ist nicht deshalb schon gewaltfrei, weil die „von den Demonstranten

verfolgten Ziele, nämlich die Proteste gegen die als gefährlich beurteilte atomare Aufrüstung“ erhöhte Aufmerksamkeit für eine geäußerte Meinung fordert.

Der Hunsrück ist kein Ort des Todes.

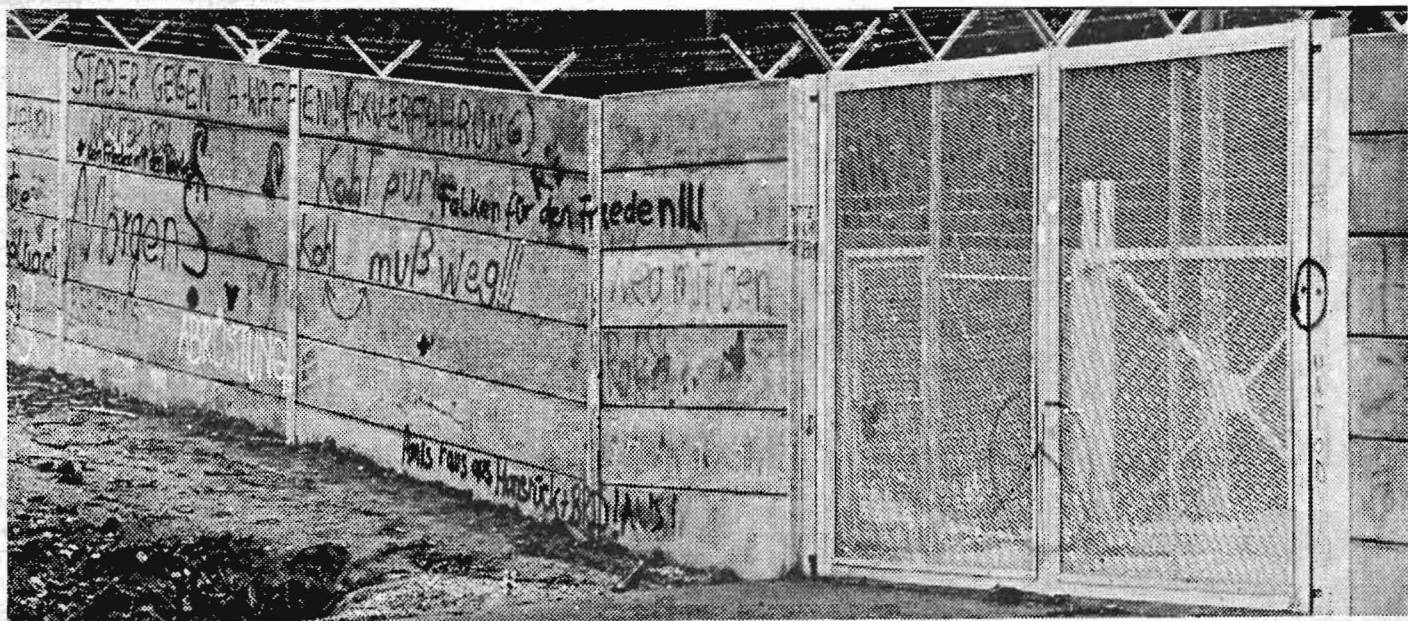
Es sollte daran erinnert werden: Eine legal gewählte Regierung hat den Nato-Doppelbeschluß veranlaßt, eine andere legal gewählte Regierung hat ihn durchgeführt. Über Frieden wird nicht allein in der Bundesrepublik Deutschland, und schon gar nicht in Hasselbach, entschieden. Jeden Krieg in Europa für immer zu verhindern, und den Frieden dauerhaft zu sichern, wird nicht durch Sitzblockaden im Hunsrück erreicht.“

MdL Joachim Mertes (SPD):

„Die vorgesehene Blockade der Nato-Baustelle Hasselbach wird von der SPD nicht unterstützt. Die Sozialdemokraten halten einen Aufruf gegen klare Rechtsregeln auch dann nicht für vertretbar, wenn die Ziele der Demonstranten für einen Rüstungsstopp ihre Unterstützung bei der SPD haben.

Die hohe persönliche Verantwortung jedes einzelnen für den Rechtsstaat, also der wichtigsten Errungenschaft der Bundesrepublik, könne Schaden erleiden.

Damit soll aber den Teilnehmern an solchen Aktionsformen nicht vollends der menschliche Respekt versagt werden,



sondern verdeutlicht werden, daß die politische Unterstützung nur im Rahmen demokratisch zustandegekommener Gesetze und Regeln zu geben ist.

Die SPD hält an diesem Rahmen fest, weil in einer Demokratie nur dieser Weg zu dem Ziel der Freiheit und einer demokratisch organisierten Gesellschaft führt. Wege einzelner über diesen Rahmen nützen nach aller Erfahrung nur jenen, die an einer zunehmenden Repression und Einschränkung Bürgerlicher Grundrechte Interesse haben. Auch das ehrenwerteste Motiv kann diese politischen Folgen bei der Beurteilung nicht unterschlagen.

Wir stoppen den Rüstungswahn nur mit den Bürgern, wenn sie Ziele, Methoden und Aktionsformen mit uns teilen können. Einzelaktionen wie Blockaden helfen den Gegnern mehr wie sie den Menschen auf dem Hunsrück nützen können."

Prof. Dr. Rumpf und die Jungen Liberalen für die F.D.P.:

Am 20./21. November 1986 planen Gruppen der Friedensbewegung eine Blockade der B-Battery bei Hasselbach. Die Jungen Liberalen im Rhein-Hunsrück-Kreis lehnen diese Form des Widerstandes gegen die Ausführung des Nato-Doppelbeschlusses entschieden ab.

Die Jungen Liberalen äußerten in der vergangenen Zeit stets Verständnis für die Ängste und Sorgen der Bürger, denn auch innerhalb des Kreisverbandes gehen die Meinungen darüber auseinander.

Doch ein Protest gegen die Nachrüstung in Hasselbach darf sich nur in legalen Mitteln äußern. Strafbare Handlungen stoßen dagegen auf kein Verständnis bei den Jungen Liberalen. Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Frage bestärkt die Jungen Liberalen in ihrer Auffassung.

Die Jungen Liberalen bitten daher die Friedensbewegung, ein solches Mittel des Protestes nicht anzuwenden und stattdessen auf Formen legalen Widerstandes zurückzugreifen, um nicht den Erfolg der friedlichen Großdemonstration am 11. Oktober zunichte zu machen."

Ulla Krönig und Axel Weirich (Grüne):

"Wir Grüne im Rhein-Hunsrück-Kreis haben zu der Blockade der B-Battery am 20. und 21. November mitaufgerufen und nehmen dran auch aktiv teil, weil wir der Meinung sind, daß der Forderung nach Abzug der Pershing II und cruise missiles mehr Nachdruck verliehen werden muß.

Am 11. Oktober haben fast 200 000 Menschen auf dem Beller Markt gegen

die weitere Aufrüstung in Ost und West demonstriert — unter ihnen auch mehr als 10 000 Hunsrücker. Zeitgleich wurde in Reykjavik sehr medienwirksam das Gipfelspektakel von Gorbatschow und Reagan inszeniert, das wie schon alle Abrüstungsverhandlungen vorher ohne Ergebnis endete.

Dabei wurde deutlich, daß Präsident Reagan derzeit keinerlei Interesse an echter Reduzierung der atomaren Bedrohung hier in Europa hat, sondern im Gegenteil durch sein stures Festhalten an dem Projekt einer „Raketenabwehr im Weltraum“ weiter die internationale Lage destabilisiert. Wir sind nicht mehr länger bereit zuzusehen, wie durch sogenannte Abrüstungsverhandlungen immer wieder falsche Hoffnungen in der Bevölkerung geweckt werden, aber letztendlich nur dazu dienen, die nächste Runde in der Aufrüstung einzuläuten.

Wir beteiligen uns deswegen an der Blockade, um zu demonstrieren, daß wir nicht länger tatenlos zusehen, wie das Weiterbestehen der Menschheit aufs Spiel gesetzt wird.

Für zwei Tage wollen wir, wenn auch nur symbolisch, Sand im Getriebe der Rüstungsmaschinerie sein und die Stationierung der Atomwaffen im Hunsrück behindern."



Heinrich Theis, 54, Bauarbeiter, Hollnich: „Ich fürchte, eine Sitzblockade an der Raketen-Baustelle ist grundsätzlich sinnlos. Natürlich bin ich auch für den Frieden und halte das Aufrüsten für falsch, beteiligen würde ich mich an einer Sitzblockade auf keinen Fall. Eine Blockade halte ich zwar weder für richtig, noch für falsch, ich sehe allerdings keinen Sinn darin. Proteste hier im Hunsrück nutzen recht wenig. Solange Reagan und Gorbatschow sich nicht einigen können, nutzt es uns wenig, gegen die Stationierung der Raketen zu demonstrieren oder Sitzblockaden an der Baustellenmauer durchzuführen.“



Petra Keller, 17 Jahre, arbeitsuchend, Hundheim: „Prinzipiell bin ich schon dafür, gegen die Stationierung von Raketen zu demonstrieren. Bei einer Blockade würde ich allerdings auf keinen Fall mitmachen. Eine Blockade ist kein friedlicher Widerstand mehr. Ich sehe auch keinen Sinn darin, wenn die Leute sich vor die Tore der Raketen-Baustelle setzen um sich hinterher von der Polizei wegtragen zu lassen. Ich habe mich schon mit einigen Leuten über die geplante Blockade unterhalten. Eine friedliche Demonstration wird da befürwortet, bei einer Blockade wollen meine Bekannten auch nicht mitmachen.“



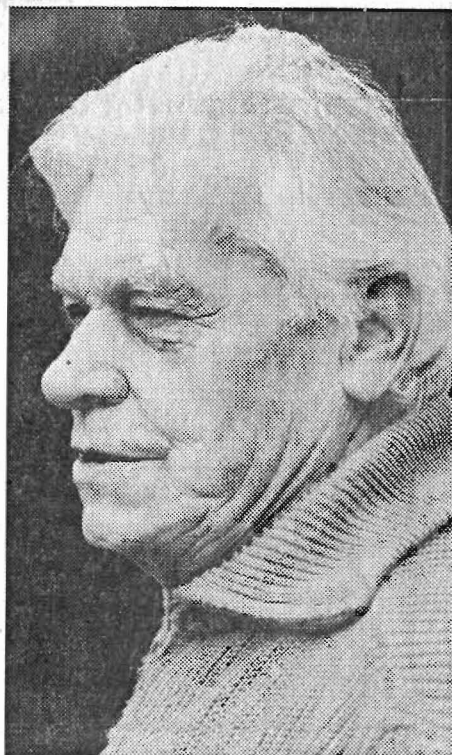
Brigitte Wendling, 39, Landwirtin, Bell: „Eine Blockade der Tore an der B-Battery kann ich nicht unterstützen. Ich bin zwar grundsätzlich gegen die Stationierung der Raketen und habe auch am 11. Oktober mit meiner Tochter mildemonstriert. Dies war ein Friedensmarsch und es hat sich ja auch gezeigt, daß sowas ohne Gewalt gehen kann. Sicherlich ist auch eine Sitzblockade Form des Protestes. Für mich und auch für andere sehe ich jedoch keinen Sinn darin, gegen die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen zu protestieren, indem ich mich auf die Straße hocke und versuche, Arbeiten zu verhindern.“



Marlene Berger, 31, Gastronomin, Kastellaun: „Ich finde es richtig, eine solche Sitzblockade durchzuführen. Es reicht einfach nicht, wenn man einmal im Jahr zu einer großen Demonstration aufruft und hinterher wieder alles im Sande verläuft. Solche Dinge wie die Stationierung von Raketen werden thematisch einfach zu schnell vom Tisch gewischt. Deshalb begrüße ich es, daß sich innerhalb kurzer Zeit nach der Demonstration vom 11. Oktober wieder etwas tut. Ich würde gern an der Sitzblockade an einem der beiden Tage mitmachen, bin beruflich allerdings so eingespannt, daß ich dafür keine Zeit habe.“



Marlene Berger, 31, Gastronomin, Kastellaun: „Ich finde es richtig, eine solche Sitzblockade durchzuführen. Es reicht einfach nicht, wenn man einmal im Jahr zu einer großen Demonstration aufruft und hinterher wieder alles im Sande verläuft. Solche Dinge wie die Stationierung von Raketen werden thematisch einfach zu schnell vom Tisch gewischt. Deshalb begrüße ich es, daß sich innerhalb kurzer Zeit nach der Demonstration vom 11. Oktober wieder etwas tut. Ich würde gern an der Sitzblockade an einem der beiden Tage mitmachen, bin beruflich allerdings so eingespant, daß ich dafür keine Zeit habe.“



Willi Schug, 75, Pensionär, Beil: „Ich wäre froh, wenn die ganzen Atomwaffen nicht hier wären, sondern verschwinden würden. Dies lieber heute als morgen. Ich habe mich gefreut, daß die Demonstration am 11. Oktober ohne Gewalt verlaufen ist. Ob eine Sitzblockade, wie sie für den 20. und 21. November geplant ist, sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn die Leute sich vor die Tore setzen. Vor allen Dingen bin ich skeptisch. Ich glaube nicht, daß eine solche Sitzblockade genauso gewaltlos verlaufen kann wie ein Friedensmarsch, der ja von der Grundplanung anders angelegt ist.“

Polizei: „Transparent geltendes Recht schützen . . Friedensinitiative: „Wollen gewaltfrei blockieren“

Der polizeiliche Einsatz wird durch die Kreisverwaltung in Simmern getragen und von Polizeioberrat Lienhart Münder als Leiter der Vollzugspolizei des Rhein-Hunsrück-Kreises geleitet.

Wie wir durch den Pressesprecher der Einsatzleitung, Kriminalrat Hilken, erfahren haben, hat sich die Polizei „so intensiv, wie zur Großdemonstration am 11. Oktober 1986 vorbereitet, wobei ihre Grundkonzeption beibehalten werden soll.“

Hilken: „Es ist beabsichtigt, das Vorgehen der Polizei für jeden transparent

zu machen, wobei ein differenziertes und konsequentes Einschreiten für den Fall unausweichlich bleibt, daß sich jemand über geltendes Recht hinwegsetzt. Aufgabe der Polizei kann es nämlich nur sein, auf der Grundlage des Gesetzes zu reagieren und damit für jedermann kontrollierbar zu sein und zu bleiben.“

*

„Eine Gruppe von über 20 Hunsrückern, die alle Mitglieder der Friedensinitiative sind, haben nachfolgende Erklärung zu ihrer Beteiligung abgegeben. Laut einer weiteren Mitteilung der Frie-

densinitiative Hunsrück haben „über 50 weitere Personen erklärt, daß sie während der Aktion unterstützend anwesend sein werden.“

Die Erklärung der aktiven Blockierer aus dem Hunsrück:

„Wir haben uns dem Blockade-Aufruf der Initiative „Kirche von unten“ angeschlossen und werden mit vielen anderen Mitgliedern der Friedensbewegung am 20. und 21. November die Zufahrtswege der Cruise-Missiles-Baustelle bei Bell/Hasselbach für den Bau- und Militärverkehr mit unseren Körpern gewaltfrei

blockieren. Wir wollen damit die Vorbereitungen für die Anhäufung einer Sprengkraft von mehr als tausend Hiroshima-Bomben für zwei Tage bewenn möglich sogar verhindern. Wir wissen, daß wir aufgrund der unklaren Rechtssituation festgenommen und strafrechtlich verfolgt werden können. Andererseits hat das Bundesverfassungsgericht der rechtsprechenden Gewalt aufgegeben, bei Blockaden grundsätzlich auch den moralisch-ethischen Gesichtspunkt bei der Urteilsfindung einzubeziehen. Für uns ist es ein Skandal, daß die

Vorbereitung eines Menschheit, was es wird, mit den Mitteln des Staates geschützt wird, kriminalisiert werden. Vorbereitungen gewaltfrei stellen. Wir betonen, daß sich unser Ziel, wie andere Aktionen abbilden, es bedauerlich, wenn die SPD aus wahltaktischen Gründen die Rechtsposition der Friedensbewegung übernimmt, die

zen . . . kieren"

Vorbereitung eines Verbrechens an der Menschheit, was ein Atomkrieg sein wird, mit den Mitteln unseres Rechtsstaates geschützt wird und die Menschen kriminalisiert werden, die sich diesen Vorbereitungen gewaltfrei in den Weg stellen. Wir betonen hier gewaltfrei, weil sich unser Ziel, wie auch bisher, in unseren Aktionen abbilden soll. Wir finden es bedauerlich, wenn die Hunsrücker SPD aus wahltaktischen Gründen die Rechtsposition der vier Verfassungsrichter übernimmt, die die Aktionen der Friedensbewegung verurteilen."